

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Bestellungen entgegen. — Erscheint wochentags. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Verantwortliche des Anzeiger: Dr. Schacht. Druck: Dr. Schacht. Druck: Dr. Schacht.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 248

Sonnabend, den 23. Oktober 1926

21. Jahrgang

### Der Reichspräsident in Bremen.

Bremen, 21. Okt. Der Reichspräsident traf heute zum Besuch der Freien Hansestadt Bremen ein. Um 9.15 Uhr fand in der Bahnhofshalle der Empfang des Reichspräsidenten durch den Präsidenten des Senates, Bürgermeister Dr. Donandt, statt, in dessen Begleitung sich der Bremische Gesandte in Berlin und die Spitzen der Behörden befanden. Auf der Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Rathaus wurde der Reichspräsident überall von der Spalier bildenden Menge und von der Schulschule herzlich begrüßt. Im Rathaus waren der Senat und das Präsidium der Bürgerschaft versammelt, um den Reichspräsidenten zu begrüßen. Darnach begab sich der Reichspräsident nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz, wo er die Altveteranen von 1864, 1866 und 1870/71, sowie den Vorstand des Vereins der 91er und des 3. Garderegimentes zu Fuß, der beiden von ihm früher befehligten Regimenter, und den Vorstand des Landeskriegerverbandes begrüßte. Daraus legte er in der Liebfrauenkirche am Ehrenmahle der Gefallenen des 1. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75 einen Kranz nieder. Sodann fuhr der Reichspräsident nach den Bremischen Häfen und unternahm an Bord des Lloyd-Dampfers „Vorwärts“ eine Fahrt durch die Häfen 1 und 2. Um 12 Uhr fand auf dem Lloyd-Dampfer „Julda“ ein Frühstück in kleinem Kreise statt. Kurz vor 2 Uhr verließ der Reichspräsident den Dampfer und begab sich im Kraftwagen zur Privatwohnung des Senators Böhmers, wo er Wohnung nahm.

Nach einer kurzen Erholungspause begab sich der Reichspräsident um 3 Uhr zur Bürgerparksportwiese, wo der Bremer Bund für Leibesübungen sportliche Veranstaltungen vorführte. Während der Vorführungen zog ein Flugzeug, das einen Blumenstrauß abwarf, mehrere Schleifen über den Platz. Der Vorsitzende des Bundes für Leibesübungen begrüßte den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident dankte mit einer kurzen Erwidern, in der er auf die Förderung der körperlichen Übungen in einer Zeit, wo es keine Armeen mehr gäbe, einging und an das Wort von einem gesunden Geist in einem gesunden Körper erinnerte. Fahren Sie fort, so schloß der Reichspräsident, mit diesen Übungen, und denken Sie dabei an das gesamte Vaterland, dem wir mit Herz und Hand zugehören. Geloben Sie, ihm treu zu sein, in guten und in schweren Tagen mit dem Rufe: Unser geliebtes Vaterland Hurra! Hurra!

Um 4 Uhr erfolgte programmäßig die Rückkehr des Herrn Reichspräsidenten in die Wohnung des Senators Böhmers. Um 7 Uhr begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Bürgermeisters Dr. Spitta zum Rathaus, wo um 1/8 Uhr in der oberen Rathshaushalle des Alten Rathauses das vom Senat gegebene Festmahl begann, zu dem über hundert Einladungen ergangen waren. Gleich nach Beginn des Mahles erhob sich der Präsident des Senates, Bürgermeister Dr. Donandt, und begrüßte den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident sagte in seiner Erwidern u. a.: Bremen ist für das deutsche Wirtschaftsleben eine wichtige Brücke zum Weltverkehr. Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß Bremen ebenso wie seine Hanse-Schwesterstädte diese besondere Aufgabe in der staatlichen Form, die es von altersher befehlen hat, auch weiterhin am besten erfüllen wird. Daß die Zukunft für Bremen wie für uns alle eine ehrenvolle und glückliche sein möge, ist unser aller innigster Wunsch!

Bei der Abfahrt des Reichspräsidenten vom Rathaus nach Schluß des Festmahles wurden diesem von der zahlreich versammelten Menge erneut stürmische Ovationen dargebracht, die sich auf dem Wege zum Bahnhof wiederholten. Der Reichspräsident trat alsbald die Rückfahrt nach Berlin an.

### Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Reichsbankpolitik.

Berlin, 21. Okt. Im Wirtschaftsenquetausschuß bestritt heute Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei der Darlegung der Finanzpolitik der Reichsbank jede Einwirkung der Transferfrage auf die Reichsbank und erklärte die wirtschaftlichen Grundzüge des Dawesplanes als gesund. Man dürfe jedoch den Plan nicht ein für allemal als die Bibel der Wirtschaft ansehen. Selbstverständlich seien im Dawesplan auch Fehler gemacht worden, vor allem durch die Trennung von Post und Eisenbahn vom Staat. Die Geldpolitik und die Verkehrspolitik dieser öffentlichen Einrichtungen dürften, so betonte er, nicht privatwirtschaftlich eingestellt sein, sondern müssten, was heute nicht immer geschieht, die höheren gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigen. Nach längerer Ausführungen über die Vereinheitlichung des Geld- und Kapitalmarktes und über die Herabsetzung des Zinsfußes untersuchte Dr. Schacht die mit den Auslandskrediten zusammenhängenden Erscheinungen, wobei er mit besonderem Nachdruck dabei verweilte, daß die auf der deutschen Wirtschaft ruhende jährliche Zinsen- und Rückzahlungslast durch Herannahme weiterer Auslandskredite fortwährend vergrößert und dadurch die augenblicklich sehr günstig aussehende Zahlungsabläufe im Laufe der Jahre ständig verschlechtert wird. Unter allen Umständen, so sagte der Reichsbankpräsident, muß in diesen Dingen Maß gehalten werden. Dazu kommt die reparationspolitische Seite der Auslandskredite. Die zurzeit bei der Reichsbank durch Auslandskredite zusammenkommenden Devisenbestände brauchen wir nicht. Deshalb würde ich eine Frage des Reparationsagenten, ob wir Devisen für den Transfer abgeben können, mit ja beantworten können. Wir täuschen derzeit eine Transferfähigkeit vor, die mit absolutester Sicherheit nach geraumer Zeit nicht mehr vorhanden sein wird. Wir müssen und deshalb unbedingt auf dem Gebiet der Auslandskredite einschränken. Das große internationale Verschuldungsproblem ist nicht nur für Deutschland, sondern wird auch für eine ganze Reihe anderer Länder akut. Die internationale Tendenz kann nur dahingehen, eine Begrenzung aller politischen Schulden auf das wirtschaftlich und transferpolitisch tragbare Maß herabzusetzen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach zum Schluß von der Notwendigkeit, daß die ausländischen Regierungen mit Deutschland gemeinsam dieses Problem prüfen.

### Der Stahlhelm erkennt den Staat, die Verfassung und die Republik an!

#### Eine Rede Ehrhardts.

In einer Rede in Calbe a. d. Saale sagte Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt, der kürzlich in den Stahlhelm eingetreten ist, laut „Berliner Tageblatt“: Das jugendliche Deutschland hätte zu all den Führern, die 1918 verfaßt hätten und seine gelobten seien, kein Vertrauen. Die Zeit der Partei sei vorüber, weil die Nachmittage des Staates zu stark geworden seien. Die neue Stahlhelmparole laute: „Hinein in den Staat!“

Der Stahlhelm erkenne den Staat, die Verfassung und die Republik an. Obwohl er in seiner Grundeinstellung monarchistisch sei

Für einen Monarchen, der in der Stunde der Gefahr geklopft sei, dürfe man seinen Finger rühren. Was die deutsche Außenpolitik anbetreffe, so sei eine andere praktische Möglichkeit für ihre Führung als die jetzt von Stresemann betriebene kaum möglich. Die Vaterländischen Verbände hätten es satt, für die Rechtsparteien Wahlpropaganda zu treiben, da diese sich nicht zu der vom Stahlhelm gewünschten Einheitsfront zusammenschließen und dem Stahlhelm selbst keinen Einfluß auf die Wahl des Kandidaten geben würden.

### Ein Telegramm aus Doorn.

Doorn, 20. Okt. Aus Doorn ging folgendes Telegramm an den Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros in Berlin:

„Ueber ein Ereignis, das Seine Majestät der Kaiser dem Willen der Vorsehung anheimgestellt haben, kann selbstverständlich keine Auskunft erteilt werden. Auf Allerhöchsten Befehl Graf v. Schmettow.“

In holländischen diplomatischen Kreisen besteht die Auffassung, daß der Kaiser tatsächlich in nicht zu ferner Zeit die von ihm zitierte Vorsehung in Aktion treten zu lassen beabsichtigt. Doorn ist in der letzten Zeit von zahlreichen Journalisten besucht worden. Das Hofmarschallamt lehnt jede Auskunft ab. Es ist jedoch kennzeichnend, daß auf zahlreiche Anfragen an die Umgebung des Kaisers bisher die Meldungen über die Rückreiseabsichten des Kaisers keineswegs in Abrede gestellt worden sind. Als vor einigen Wochen anlässlich der Grippeerkrankung des Kaisers die ersten Nachrichten über Wünsche des Kaisers nach einer Auslandsveränderung wegen der seiner Gesundheit nicht zuträglichem klimatischen Verhältnisse in Holland in die Öffentlichkeit drangen, erzählte man in informierten niederländischen Kreisen, daß der Kronprinz sich der Rückkehr seines Vaters widersetze, und daß auch aus einflussreichen deutschen monarchistischen Kreisen entsprechende Warnungen nach Doorn gegangen seien. Jetzt ist bekannt, daß die Gattin des Kaisers die Rück-

kehrwünsche in Deutschland zur Geltung gebracht habe, und sie überhaupt größte Aktivität für die Heimkehr ihres Gatten entwickelte.

### Um die Fredericus-Marke.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß Reichspostminister Ettinger den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Verwaltungsrates der Reichspost zu einer Sonderkongress über die geplante Schaffung einer 10-Pfg.-Marke mit dem Bildnis Friedrichs des Großen mit der Begründung abgelehnt, daß er allein für den Herausgabe einer neuen Markenserie verantwortlich sei.

### Keine Begegnung Mussolini-Stresemann.

Rom, 21. Okt. Seit mehreren Tagen gingen hier Gerüchte um, nach denen gelegentlich der Wälderbundtagung im Dezember eine Begegnung zwischen Mussolini und Stresemann zur Besprechung des deutsch-italienischen Verhältnisses stattfinden soll. Diese Gerüchte, die ihren Weg auch in die ausländische Presse gefunden haben, werden nunmehr offiziell dementiert.

### Die Künstlerschaft und das Reichsehrenmal.

Beim Reichskunstwart Dr. Redlob fand eine Besprechung über die Stellung der Künstlerschaft zur Frage des Reichsehrenmales statt. Die anwesenden Vertreter sämtlicher Künstlerverbände waren sich bei der Aussprache darüber einig, daß für die Lösung der Aufgabe nur ein Ehrenmal in Betracht komme, in dessen Mittelpunkt ein künstlerisch gestaltetes Symbol Platz finden müßte. Was die Platzfrage anbetrifft, so sollen bei der Wahl des Ortes auch Künstler hinzugezogen werden.

### Thoiry und die Botschafterkonferenz.

Gegenüber Schlussfolgerungen, die die Rechtspresse an die Havasmeldung über den Beschluß der Botschafterkonferenz bezüglich der Militärkontrolle in Deutschland geknüpft hat, bemerkt die „Tägliche Rundschau“, daß mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz keineswegs die Thoiry-Politik als erledigt zu betrachten sei. In unterrichteten Kreisen wisse man, daß in Paris sowohl wie in Berlin die Vorbereitungsarbeiten fortgeschritten, die erforderlich sind, um die unmittelbaren Verhandlungen in Fluch zu bringen. Man habe ein Recht zu sagen, daß die Botschafterkonferenz sich über den Kurs der französischen Außenpolitik hinwegsetzt, wenn sie sich zum Sprachrohr der Militärkontrollkommission macht. Nichts aber berechtige zu der Schlussfolgerung, daß Briands Außenpolitik nunmehr gescheitert sei.

### Eine Kundgebung für die besetzten Gebiete.

Der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete, der in Wiesbaden tagte, sprach nach der „Wosischen Zeitung“ der Reichsregierung für ihre Außenpolitik, deren Ziel die Befreiung der Weimarer Republik sei, Dank und Vertrauen aus. Die Befreiung könne nicht von heute auf morgen erreicht werden. Zwischenfälle, wie die vor kurzem vorgekommenen seien höchst bedauerlich. Die Bewilligung müsse dringend ermahnt werden, in Geduld zu warten, bis der weite Weg zum Ziele durchlaufen sei.

### Vor der Entscheidung über die Volksbundsbeschwerde.

Breslau, 21. Okt. Für die nächsten Tage ist die Entscheidung des Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Galonder, über die Beschwerde des Deutschen Volksbundes für Oberschlesien über die Ablehnung von etwa 8000 Anträgen auf Zulassung zu den deutschen Vorkriegsschulen durch die polnischen Behörden zu erwarten.

Es ist kaum zweifelhaft, daß Präsident Galonder die Beschwerde des Deutschen Volksbundes anerkennen und in seiner Stellungnahme der polnischen Regierung dringend anempfehlen wird, die abgelehnten Schulanträge nachträglich doch noch anzuerkennen und für die Eröffnung der geforderten Vorkriegsschulen Sorge